

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 17. März 1887.

Nr. 127.

Deutschland.

Berlin, 16. März. Der Kaiser empfing heute Nachmittag um 3 Uhr den kurz zuvor auf dem hiesigen Anhalter Bahnhofe eingetroffenen Kronprinzen Rudolf von Oesterreich. Derselbe wurde auf dem Bahnhofe von unserem Kronprinzen, dem Prinzen Wilhelm, sowie den Herren der hiesigen Botschaft Oesterreich-Ungarns und den zum Ehrenbesuche befohlenen Offizieren begrüßt. Prinz Wilhelm geleitete den erlauchten Gast nach dessen Ankunft vom Bahnhofe zu dem Kaiser nach dem königlichen Palaste und demnächst von dort ins hiesige königliche Schloß. Die Kaiserin begrüßte den erlauchten Gast bei dessen Eintreffen im hiesigen königlichen Schloße.

Der Senatoren-Konvent des Reichstages hat im Verein mit dem Gesamt-Vorstand des Reichstages heute Mittag eine Besprechung darüber gehalten, in welcher Weise der Reichstag die Feier des neunzigsten Geburtstages des Kaisers gestalten möchte. Man kam dahin überein, an Stelle der mündlichen Beglückwünschung, zu welcher das Präsidium sich sonst von dem Plenum beauftragen ließ, eine schriftliche Adresse treten zu lassen, die dem Kaiser nicht überreicht, sondern übersandt werden soll. Letzteres ist deshalb notwendig, weil auf dringendes Anrathen der Ärzte der Kaiser sich entschlossen hat, an seinem Geburtstage nur die Glückwünsche der fürstlichen Persönlichkeiten, vielleicht noch die der großmächtigen Botschafter persönlich entgegenzunehmen, Minister aber, Generalität, Präsidien der parlamentarischen Körperschaften des Reiches und Preußens nicht zu empfangen. Am 22. März selbst werden die Mitglieder des Reichstages in üblicher Weise im Kaiserhof ein gemeinschaftliches Diner nehmen, vermutlich in noch größerer Zahl als sonst. Das Reichstags-Gebäude wird, wie in früheren Jahren, illuminiert und besetzt werden.

Im Königreich Württemberg ist angeordnet, daß der 90. Geburtstag des Kaisers in sämtlichen Schulanstalten des Landes schulfrei ist. Im Herzogthum Sachsen-Koburg-Gotha soll der 22. als außerordentlicher Feiertag mit Gottesdienst in allen Kirchen begangen werden. Die Leipziger wollen an dem Tage allen Geschäfts- und Werkbetrieb eingestellt wissen.

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird gegenüber den in Parlament und Presse erhobenen Klagen und Beschwerden betont, daß „zur Zeit“ ein Bedürfnis nach Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes nicht vorliege. Das Reichs-Versicherungsgesetz ist in seiner ihm angewiesenen Stellung in der Lage gewesen, in seinen grundsätzlichen Maßnahmen regelmäßig nach vorrätiger Befähigung mit den Vorständen der Berufsgenossenschaften, sowie mit sonstigen Beteiligten vorzugehen. Es erscheint als ein Vorzug für die ein völlig neues Gebiet betretenden Unfallversicherungsgesetze, daß es möglich war, in dieser Weise der Gestaltung der tatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse zu folgen. Was insbesondere die Verminderung der Kosten anbelangt, so wird diesem Begehren durch ein Gesetz nicht Rechnung getragen werden können, so lange an der Organisation von Berufsgenossenschaften (im Gegensatz zu örtlichen Verbänden) und an der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften festgehalten wird. In beiden Beziehungen würde am wenigsten den Berufsgenossenschaften selbst eine Umgestaltung erwünscht sein. Daß aber im Laufe der Zeit die Berufsgenossenschaften die Verwaltung nicht theurer gestalten werden, als nöthig ist, dürfte kaum zu bezweifeln sein, denn sie wirtschaften lediglich aus ihrer eigenen Tasche.

Dem Bundesrathe ist der Antrag zugegangen, den bereits in der vorigen Reichstags-Session eingebrachten Gesetzentwurf über Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen unverändert an den Reichstag gelangen zu lassen. Auch die in der vorigen Session vorgelegte Denkschrift ist dem Antrage beigegeben.

Während der heutigen Reichstags-Sitzung wurden im Foyer zwischen Vertretern der reichstreuern Parteien die gemeinsam zu behandelnden Steuerpläne lebhaft ventiliert, besonders gelangte der Plan einer Branntwein- und Spirituosensteuer in dieser Weise zur privaten Erörterung.

Mit dem jüngst vom Stapel gelaufenen

„Eber“, dem Ersatz für „Albatros“, und einem Schwesterschiff des Kreuzers „Adler“, wird der deutschen Flotte wieder ein vortreffliches kleineres Kreuzerschiff von 886 Tonnen Displacement und einer Maschine von 700 indizirter Pferdekraft zuwachsen. Bekanntlich sollen diese kleineren Kreuzer fortan vorzugsweise im auswärtigen Dienst zu Stationszwecken benutzt werden, und sollen sie für diesen Zweck mit einer starken Geschütz-Ausrüstung und einer großen Fahrgehwindigkeit versehen werden.

Einen der wichtigsten Bestandtheile der österreichisch-ungarischen Ausgleichs-Arbeit bildet die Bankfrage, die Erneuerung des Bankprivilegiums. Die Bank aus einem dualistischen Institute in ein föderalistisches zu verwandeln, ist bekanntlich eine derjenigen Bestrebungen, welche die Czechen mit Fanatismus verfolgen. Außerlich soll die Umwandlung auf jeder Banknote Cisleithaniens dadurch angekündigt werden, daß deren In- und Umschrift nicht mehr bloß deutsch, sondern alle Sprachen der Monarchie umfassen, mindestens aber auch in czechischer Sprache ausgeführt sein soll. Der Antrag der Czechen wurde nach zweitägiger Debatte — vorgestern konnte die Abstimmung wegen Absentirung der Polen nicht vorgenommen werden — gestern abgelehnt. Gegen ihn stimmten: die gesammte Linke, die Polen, die Deutsch-Konservativen und Minister; für ihn: die Czechen, Slowenen, Dalmatiner, Ruthenen und einige Italiener.

Das Wiener „Fremdenblatt“ nennt die czechische Auffassung im vorliegenden Falle eine durchaus äußerlich mechanische, mit dem Gedeihen der einzelnen Nationalitäten nicht im entferntesten Zusammenhang stehende. Da in Transleithanien jedenfalls nur eine magyarische In- und Umschrift möglich sei, so entspreche den Abmachungen mit Ungarn von 1867 in Cisleithanien nur eine ausschließlich deutsche Bedruckung der Banknoten. Der czechische Redner Oregg benutzte diesen Gegenstand zu den grimmigsten Angriffen auf den Dualismus.

Nachdem sich Japan bereits früher für die Annahme und Einführung der Krupp-Geschütze bei seiner Armee und Flotte entschieden hatte, und von diesem Staate im vorigen Jahre erst wieder eine Bestellaufgabe auf dreißig 35 Zentimeter- und sechzig 12 Zentimeter-Kanonen beim Krupp'schen Etablissement erfolgt ist, hat sich die japanische Flottenleitung nach längeren und eingehenden Erprobungen nunmehr auch für die Einführung der deutschen Torpedos entschieden und zunächst beim Schwarzlopp'schen Etablissement eine Bestellung von 150 Torpedos aufgegeben. Bei der Werft von Schichan sind von der italienischen Regierung fernere zehn neue Torpedoboote bestellt worden.

Ueber die Vorgänge in Petersburg werden eine Reihe widersprechender Lesarten verbreitet, die Thatsachen, um die es sich handelt, darf man indessen als im Wesentlichen als feststehend betrachten. Inzwischen ist auch eine offizielle russische Aeußerung erfolgt. Sie lautet:

Petersburg, 16. März, früh. Der „Regierungs-Anzeiger“ bringt nachstehende Mittheilung:

Am 13. d. M., gegen 11 Uhr Vormittags, wurden auf der Newski-Perpektive drei Studenten der Petersburger Universität verhaftet, bei welchen bei geschehener Durchsuchung Sprenggeschosse gefunden wurden. Die Verhafteten gestanden, daß sie einer geheimen verbrecherischen Genossenschaft angehörten. Die ihnen abgenommenen Geschosse erwiesen sich bei der Prüfung durch Sachverständige als mit Dynamit und mit Bleiugeln geladen, die mit Strychnin gefüllt waren.

Eine andere Depesche der „E. T. G.“ lautet etwas abweichend:

Petersburg, 16. März. Die sechs verhafteten Studenten waren, als ihre Verhaftung erfolgte, in drei Gruppen die Straße entlang vertheilt. Bei jeder Gruppe fand man eine Bombe. Anzeichen für größere Verbreitung des Komplots liegen bisher nicht vor.

Der „Nat.-Ztg.“ geht die folgende Depesche zu:

Petersburg, 15. März. Bei dem geplanten Attentat auf den Zaren hatte sich einer der Verschworenen an die Ecke des Newski-Pro-

spektes und der Moroskaja postirt, welche die kaiserliche Familie bei ihrer Rückfahrt von der Peter-Pauls-Feste nach dem Warschauer Bahnhof umfahren sollte; offenbar in der Berechnung, daß bei der Wendung ein langsames Tempo eingehalten werden müßte. Der betreffende Mann, wie es sich herausstellte, ein früherer Student, trug die Bombe in der Form einer Schulmappe in der Hand. Ein Polizist sah eine rothe Strippe aus dem Instrument hervorspringen, was seinen Verdacht erregte. Die Verhaftung erfolgte sofort und in den nächsten Augenblicken die von zwei in der Nähe befindlichen Individuen, die gleiche Schulmappen trugen. Die Meldung von der Verhaftung und dem Bombenfund wurde telegraphisch an den Kaiser abgesandt, der noch beim Gottesdienste sich befand. Der Kaiser soll in Thränen ausgebrochen sein, indem er der Gefahr gedachte, die seine Familie gelaufen war. Die Route zur Rückkehr wurde geändert und die kaiserlichen Wagen fuhren in großem Umweg nach dem Bahnhof. Ungemein zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt; es herrscht große Verwirrung über den Vorgang in der Stadt. Großfürst Vladimir arbeitete mit den Leitern der Polizei, verschiedene Belohnungen sind vertheilt worden. Es wird namentlich gerühmt, daß die Entdeckung innerhalb eines großen Menschengewürs vollzogen werden konnte, das des Sonntags halber auf dem Newski-Prospekt stattfand.

Der Zar hat sofort der Welt den Beweis zu geben unternommen, daß der Mordplan ihn nicht weiter erschüttert hat.

Petersburg, 16. März. Der Kaiser und die Kaiserin kamen gestern Vormittag aus Gatschina nach Petersburg und nahmen an dem beim Großfürsten Vladimir stattfindenden Routetheil. Am Abend kehrten die Majestäten nach Gatschina zurück. Der unlängst aus der Krim eingetroffene Großfürst Konstantin Nikolajewitsch ist gestern wieder dorthin abgereist.

Von auswärtigen Organen, welche sich über die Vorgänge äußerten, heben wir die Auslassungen der „Ball Mail-Gazette“ hervor, die durch russisch inspirirt ist und unter Mithilfe der Madame Nowikow die Aufgaben eines russisch-offiziösen Organs erfüllt. Es heißt daselbst:

Wir glauben nicht, daß der Plan gegen das Leben des Zaren die Dinge nach der schlimmsten Seite drücken wird. Nothwendig lebt der Zar unter der Sympathie des Damokles'schwertes. Er hat die Erfahrung vor 6 Jahren in dem beständigen Kampfe gegen die Nihilistenverschwörung. Ein Versuch mehr oder weniger wird seine eisernen Nerven nicht erschüttern. Die Entdeckung und Verhinderung wird wahrscheinlich ihn mehr beruhigen, als die Thatsache selbst ihn verstimmt. Was die Möglichkeit betrifft, daß der Vorgang auf Frieden oder Krieg einen Einfluß haben sollte, so muß dieselbe unbedingt zurückgewiesen werden. Bulgarien bleibt nach wie vor der gefährliche Punkt. Rußland ist im Begriff, sich an die Schreckensherrschaft der verfassungswidrigen Regentenschaft länger geduldet werden soll. Der Aufstand war ungezigt; es war sehr unopportun für die russische Politik, daß er jetzt ausbrach. Nichts konnte mehr mal à propos sein, sagt der „Nord“. Aber die Aufständischen werden in Rußland nicht als gemeine Insurgenten, sondern als die besten, muthigsten, tüchtigsten Elemente betrachtet. Nichtsdestoweniger ist eine russische Deputation nicht wahrscheinlich. Das russische Nationalgefühl verlangt stürmisch kräftige Maßregeln, aber der Zar hält zurück. Wäre Rußland wie England regiert, Rußland hätte Bulgarien lange besetzt. Aber der Zar ist klug und vorsichtig; er hat die Sache in ihrer ganzen Tragweite ins Auge gefaßt und hält seine Hand zurück. Nicht wohl Deutschland oder Oesterreich oder England ihn zurückhalten. Ganz im Gegentheil. Kein Ruße denkt ernstlich von Oesterreichs Kriegsmacht. (1) Lord Salisbury's Opposition bleibt mir Stoff zum Lachen. (2) Und Deutschland, das ist notorisch, hat vor einiger Zeit Rußland gedrängt, Bulgarien zu besetzen. (3) Aber der Zar weigert sich und der Zar hat Recht. Es ist ein ungeheurer Vorthell für Rußland, einen so starken und entschlossenen Zaren zu haben. Rußland will nicht mehr Undankbare machen, nicht Englands Beispiel in Egypten folgen. Es wäre

leichter noch Bulgarien zu gehen als herauszukommen. Bulgarien besetzen hieße nur die Abneigung der Bulgaren vergrößern, die schon auf die russischen Pläne eifersüchtig schauen. Das Telegramm des österreichischen Kaisers und der vermuthliche Brief Kaiser Wilhelms zeigen, daß Rußland seine Bedingungen in Bulgarien diktiren wird. Wer warten kann, erlangt Alles und der Zar will auf einer Ordnung bestehen, welche die Ruhe in Bulgarien herstellt, ohne ein russisches Armeekorps südwärts der Donau zu interniren, er will freie Hand behalten.

Daß ein englisches Organ in Verpöthung der Machtstellung Englands und in der Schmelze gegen russische Ueberhebung so weit gehen konnte, wie dies „Ball Mail Gazette“ that, wird man im übrigen Europa kaum verstehen.

Die auswärtige Diplomatie hat erst sehr spät von der Entdeckung des Mordplans Kenntniß bekommen. Der französische Minister des Auswärtigen, Herr Flourens, erklärte Montag in der Kammer, nichts von dem Vorgang zu wissen, und auch in den übrigen europäischen Hauptstädten scheinen die diplomatischen Nachrichten erst in der Nacht von Montag auf Dienstag eingetroffen zu sein.

Ueber die Arbeits-Eintheilung des Reichstages vernimmt die „Post“, daß man annimmt, es werden die Beratungen des Reichshaushalts-Etats bis zum Sonnabend, den 26. d. M., beendet sein, und werde dann eine Osterpause bis zum 19. April eintreten.

Von den deutschen Kriegsschiffen im stillen Ozean wird dem „Hamb. Korresp.“ aus Sidney, 3. Februar, berichtet:

„Der deutsche Kreuzer „Adler“, Kommandant Korvetten-Kapitän von Wietersheim, mit 4 Geschützen und einer Besatzung von 130 Mann, ist gestern im hiesigen Hafen eingetroffen. An Bord befindet sich Herr von Derghen, der bisherige deutsche Kommissar auf den Südsee-Inseln, der nach erfolgter Ablösung von hier aus nach Europa zurückzukehren gedenkt. Der „Adler“ war am 2. November von den Salomons-Inseln, auf denen er die deutsche Flagge aufgezogen hatte, in Natupai angekommen, von dort am 21. November mit Herrn von Derghen und Assessor Schmidt an Bord nach Nusa, Neu-Island, abgegangen, hatte dann die Hermiten- und Anchoret-Inseln besucht und war am 21. Dezember in Finschhafen (Neu-Guinea) eingetroffen. Von dort am 27. Dezember weiter gegangen, traf er am 30. Dezember wieder in Natupai (Neu-Britannien) ein, welchen Platz er am 18. Januar d. Js. wieder verließ. Wie es heißt, soll er hier eine Station von 6 Wochen nehmen. Während seiner Kreuzfahrt zwischen den Inseln hatte der „Adler“ die Insel Kapu im Archipel von Neu-Britannien besucht, um die dortigen Eingeborenen wegen der grausamen Ermordung eines deutschen Händlers, Namens Hermann, zu bestrafen. Da die Insulaner sich weigerten, die Mörder auszuliefern, hatte der „Adler“ eine Abtheilung von 60 Mann gelandet, welche trotz der großen Schwierigkeiten, die das Klima und der für Europäer fast undurchdringliche Dschungel entgegen stellten, die Frevler energisch bestraft und etwa ein Duzend von ihnen tödtete. Der deutsche Kreuzer „Albatros“ war am 13. Dezember 1886 mit Dr. Knappe, Reichskommissar für die Marschall-Inseln, von Apia (Samoa-Inseln) abgegangen und am 24. Dezember in Jaluit eingetroffen. Nach einer Rundtour durch die Marschall-Gruppe, die am 28. Dezember angetreten wurde, landete der „Albatros“ am 15. Januar in Natupai (Neu-Britannien) ein und soll, wie es heißt, so lange auf der Station in Neu-Britannien bleiben, bis der „Adler“ von hier dort eintrifft. Die Ablösungs-Manuschaft für den „Albatros“ wird mit dem Bremer Lloyd-Dampfer zum 13. Juni hier erwartet.“

In der „N. Fr. Pr.“ lesen wir: Die heute (14. März) hier (Wien) eingetroffenen russischen Blätter veröffentlichen eine neue Kundmachung der Artillerie-Verwaltung des Warschauer Militärbezirks, mit welcher eine Lieferung von 24,700 Stück Bomben (Kaliber 42 Linien) ausgeschrieben wird. Die Offerten sind bis 13. (25.) März l. J. einzureichen. Lieferungs-termin ist in 17 Monaten.

Ein soeben erschienener Ulaß des russische

London, 16. März. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Kalkutta von heute telegraphirt, angesichts möglicher Vermittelungen in Afghanistan habe die indische Regierung die Aufstellung von Observations-Truppen an der Bishnigrenze in Aussicht genommen, eine Betretung des afghanischen Gebiets sei jedoch nicht beabsichtigt. Die Anwesenheit der Truppen an der Grenze solle dem Emir eine moralische Stütze gewähren.